

Niederschrift über die 31. Sitzung des Kreistages
Unstrut-Hainich-Kreis vom 03. Juli 2023

Tagungsort: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, Barbaraheim
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:03 Uhr

Sitzungsleitung: Kreistagsvorsitzender, Herr Jeremi Schmalz
Schriftführung: Büro Kreistag

Anwesenheiten:

Landrat, Harald Zanker

- **CDU-Fraktion:**
Croll, Jane
Holzapfel, Elke
Hunstock, Manfred
Kühler, Tobias
Lehmann, Annette
Lutze, Karsten
Roth, Hans-Joachim
Dr. Scharf, Eberhard
Schmalz, Jeremi

- **SPD-Fraktion:**
Gött, Jürgen
Henning, Andreas
Kleemann, Dagmar
Klupak, Jörg (bis 17:39 Uhr)
Niebuhr, Matthias
Shevchenko, Oleg
Wacker, Martin
Zanker, Claudia

- **AfD-Fraktion**
Görbig, Iven
Kleinschmidt, Angelika
Kleinschmidt, Detlef
Lindner, Andreas
Poppner, Ronny Hermann
Sell, Stefan

- **Fraktion Freie Wähler-Unstrut-Hainich**

Ahke, Thomas
Montag, Karl-Josef
Reinz, Matthias
Zehaczek, Uwe

- **Fraktion DIE LINKE**

Eger, Cordula
Kubitzki, Jörg
Ortmann, Monika (bis 17:40 Uhr)
Pollak, Petra
Rebenschütz, Anja

- **Fraktion B'90 / DIE GRÜNEN**

Gaßmann, Tino
Schlegel, Edgar

- **FDP-Fraktion**

Groß, Marko

- **fraktionsloses Kreistagsmitglied**

Kirchner, Björn Guido

- **entschuldigt gefehlt:**

Conrad, Matthias.
Mascher, Reinhard
Zunke-Anhalt, Klaus
Dr. Bruns, Johannes
Riemann, Jan
Wronowski, Torsten
Reidat, Jens
Boelege, Bastian
Dr. Kappe, Alexander
Kunze, Jens

- **Verwaltung**

Frau Engelhardt-Schütze, FBL 1
Frau Junker, Kreistagsbüro
Frau Zimmermann, Kreistagsbüro
Herr Junker, FD IT
Herr Piontek, FD IT

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich
- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 026-2023-UHK-GLM-IT: Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda - Umsetzung Brandschutz und Digitalisierung
- 9 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für den Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH
- 10 Bericht des Landrates über die Realisierung der Kreistagsbeschlüsse 2022
- 11 Diskussion und Beschlussfassung über die Kostenbeteiligung des Unstrut-Hainich-Kreises beim Bau eines multifunktionalen Kleinspielfeldes in der Gemeinde Vogtei OT Oberdorla für die Erweiterungen um eine Weitsprunganlage und Laufbahn zur Umsetzung der Vorgaben des Lehrplanes für den Schulsport und Legitimation des Landrates zur Regelung der Grundstücksnutzung
- 12 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion B'90/GRÜNE - Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf kommunalen Gebäuden und Liegenschaften im Unstrut-Hainich-Kreis
- 13 Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich: Haushaltsplan 2024

Nichtöffentlicher Teil

- 14 Öffentliche Ausschreibung Nr. 082-2022-UHK-IT_Los 2: Umsetzung Digitalpakt Grund- und Regelschule Schlotheim - Lieferung Aktive Datentechnik
- 15 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 01 **Eröffnung und Begrüßung**

Der Kreistagsvorsitzende, Herr Schmalz, eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Zum TOP 02 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Schmalz gab bekannt, dass sich derzeit 36 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Zum TOP 03 **Bestätigung der Tagesordnung**

Der Landrat beantragte für die Verwaltung die Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten im Rahmen der Dringlichkeit im öffentlichen Teil:

- als neuen TOP 14:
Verkauf der Turnhalle Damaschkestraße in Mühlhausen - Anmeldung zur Grundstücksauktion

Zur Begründung der Dringlichkeit sei Folgendes zu sagen:

Nachdem bei allen vier vorangegangenen Ausschreibungen keine Angebote eingegangen seien, habe man sich, auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus, entschieden, in eine Sommerauktion gehen zu wollen. Zu den Inhalten und Begründungen werde er dann zum Tagesordnungspunkt ausführen.

Der Einlieferungsschluss für die Sommerauktion sei der 07. Juli 2023. Die Vertragsentwürfe seien am heutigen Tage dem Landratsamt zugesandt worden. Um diese Frist nicht verstreichen zu lassen und um die Gelegenheit nutzen zu können, bitte die Verwaltung um Aufnahme des Tagesordnungspunktes im Rahmen der Dringlichkeit.

- als neuen TOP 15:
Übertragung der Zuständigkeiten des Kreistages auf den Kreisausschuss gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Investitionen zur Weiterführung der im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakt am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich

Zur Begründung der Dringlichkeit sei Folgendes zu sagen:

Diese Maßnahme hänge mit weiteren Trockenbau und Malerarbeiten zusammen, die im Rahmen des Digitalisierungspakte am Berufsschulcampus durchgeführt werden müssen. Die nächste reguläre Kreistagssitzung sei erst am 11. September 2023 und damit für die Auftragsvergabe zu spät. Da mit einem Sonderkreistag Kosten verbunden seien, soll die Auftragsvergabe im Kreisausschuss erfolgen.

Er bitte um Zustimmung zur Aufnahme dieser beiden Tagesordnungspunkte.

Herr Schmalz stellte fest, dass weitere Anträge zur Tagesordnung nicht vorliegen und rief zur Abstimmung über die Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Rahmen der Dringlichkeit auf. Er wies darauf hin, dass für die Aufnahme eine 2/3-Mehrheit notwendig sei.

Herr Schmalz merkte an, dass er die Wortmeldung nicht gesehen hatte und erteilte Herrn Poppner das Wort.

Herr Poppner wandte sich an den Landrat. Die Punkte 14 und 15 verschieben sich nach hinten oder werden gestrichen?

Der Landrat antwortete, dass sie sich nach hinten verschieben.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Rahmen der Dringlichkeit auf:

- Aufnahme als neuen TOP 14 - Verkauf der Turnhalle Damaschkestraße in Mühlhausen - Anmeldung zur Grundstücksauktion

Der Antrag wurde einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

- Aufnahme als neuen TOP 15 - Übertragung der Zuständigkeiten des Kreistages auf den Kreisausschuss gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Investitionen zur Weiterführung der im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakt am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich)

Der Antrag wurde einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung auf. Sie wurde einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung

- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich
- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 026-2023-UHK-GLM-IT: Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda - Umsetzung Brandschutz und Digitalisierung
- 9 Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für den Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH
- 10 Bericht des Landrates über die Realisierung der Kreistagsbeschlüsse 2022
- 11 Diskussion und Beschlussfassung über die Kostenbeteiligung des Unstrut-Hainich-Kreises beim Bau eines multifunktionalen Kleinspielfeldes in der Gemeinde Vogtei OT Oberdorla für die Erweiterungen um eine Weitsprunganlage und Laufbahn zur Umsetzung der Vorgaben des Lehrplanes für den Schulsport und Legitimation des Landrates zur Regelung der Grundstücksnutzung
- 12 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion B'90/GRÜNE - Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf kommunalen Gebäuden und Liegenschaften im Unstrut-Hainich-Kreis
- 13 Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich: Haushaltsplan 2024
- 14 Verkauf der Turnhalle Damaschkestraße in Mühlhausen - Anmeldung zur Grundstücksauktion
- 15 Übertragung der Zuständigkeiten des Kreistages auf den Kreisausschuss gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Investitionen zur Weiterführung der im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakt am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich)

Nichtöffentlicher Teil

- 16 Öffentliche Ausschreibung Nr. 082-2022-UHK-IT_Los 2: Umsetzung Digitalpakt Grund- und Regelschule Schlotheim - Lieferung Aktive Datentechnik
- 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zum TOP 04 **Bericht des Landrates aus der Verwaltung**

Der Landrat berichtete über folgende Themen anhand einer Power-Point-Präsentation. Der Bericht wird allen Kreistagsmitgliedern im Nachgang per Mail übersandt.

- Sachstand Ausgleichszahlungen Deutschlandticket
- Sachstand Umzüge Bonatstraße
- Aufnahme ukrainische Kriegsflüchtlinge
- 25 Jahre Nationalpark Hainich
- Lichtfest im Unstrut-Hainich-Kreis am 26.06.2023 in Sundhausen
Fakten zum Infrastrukturprojekt – Breitbandausbau
- Untersetzung des Fördermittelbescheides – Klimapakt mit Kommunen lt. § 8 Abs. 2 ThürKlimaG
- Zertifizierung KomEMS (Kommunales Energiemanagement)
- Stand Außensportanlage Salza-Halle
- Schülerverkehr – Zeitschiene zur geplanten Änderung des Fahrplanes
- Ausarbeitung des Bereiches UVG zur Entwicklung von 2015 – 2022
- Öffentliche Sitzungen der Ausschüsse
- Badebus 2023

Herr Henning merkte an, dass also die TGS Heyerode und die Grundschule Diedorf nach Eigenrieden fahren, wenn er das jetzt richtig gesehen habe. Mit ihnen sei vorher nicht gesprochen worden oder man sei nicht gefragt worden. Er hätte sich zumindest gewünscht, dass auch möglicherweise Lengenfeld unterm Stein in Erwägung gezogen worden wäre. Vielleicht könne dazu noch mal etwas gesagt werden.

Der Landrat entgegnete, dass Heyerode und Katharinenberg natürlich genauso nach Lengenfeld unterm Stein fahren können, weil dort ja auch ein Freibad sei. Es sei dieselbe Entfernung und dieselbe Kalkulation. Die Regionalbus hatte halt das jetzt so in den Speicher eingegeben.

Er müsse eingestehen, dass man beim Pressetermin schon gemerkt hatte, dass es fehlte. Also dahinter gehöre ein Schrägstrich Lengenfeld unterm Stein.

Zum TOP 05 **Anfragen aus dem Kreistag**

01. Anfrage des Herrn Zunke-Anhalt, CDU-Fraktion
vorgelesen durch Herrn Kühler:

„Als Kreistag haben wir uns dazu entschlossen, die Reinigungsarbeiten wieder durch eigene Arbeitskräfte durchführen zu lassen. Die Umstellung ist erfolgt. Ich frage Sie:

1. Konnten alle Stellen besetzt werden? Wenn nein, wieviel offene Stellen gibt es derzeit?

2. Inwieweit können Ausfälle durch Krankheit und Urlaub ausgeglichen werden?
3. Gibt es aufgrund der verschiedenen Umbaumaßnahmen an Schulen eine höhere Belastung und Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen? Wenn ja, wie wird mit diesen umgegangen, werden eventuelle Überstunden ausbezahlt oder in Freizeitausgleich abgegolten?“

Der Landrat antwortete, dass mit Kreistagsbeschluss Nr. KT/177-11/21 vom 23. März 2021 der Kreistag die Rekommunalisierung der Reinigungsleistungen an den kommunalen Gebäuden des Unstrut-Hainich-Kreises beschlossen habe. Unter Punkt 3. dieses Beschlusses wurde der Landrat beauftragt, bis zum 31. Oktober 2023 einen Evaluierungsbericht zu Fragen der Kosten und Qualität vorzulegen. Die Vorlage dieses Berichtes sei für die Kreistagssitzung am 13. November 2023 vorgesehen.

Die gestellten Anfragen werden alle in die Berichterstattung einfließen.

Mündliche Anfragen:

02. Anfrage des Herrn Hunstock, CDU-Fraktion:

„In einem Artikel in der Thüringer Allgemeinen vom 1. Juli 2023 Seite 15 (Lokalteil) wurde über eine neue Regelung für den Badebus berichtet, wir haben eben schon einige Auszüge dazu gehört. Im letzten Abschnitt wurden Sie Herr Landrat wörtlich auf die Frage mit den Worten zitiert: Keinen Anschluss an den Badebus haben Kinder der Schule in Struth, jetzt ihre wörtliche Antwort, so ich sie der Zeitung entnommen habe „Dafür geben wir kein Geld mehr aus“. Dieser Artikel löste einen Sturm der Entrüstung nicht nur in Struth aus.

Dazu folgende Fragen:

1. Wie lautet die Bestimmung für den Einsatz des Badebusses und wer hat den in welchem Gremium für dieses für dieses Jahr neu festgelegt?
2. Ist es korrekt, dass die Gelder aus dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben“ stammen? Welchen Betrag steuert der Landkreis bei und über welche Haushaltsstelle wird dieser Betrag gedeckt bzw. gegenfinanziert, wenn eine Co-Finanzierung durch den Kreis erfolgt?
3. Herr Landrat, ist Ihnen bekannt, dass die Struther Grundschule auch von Kindern besucht wird, die nicht in dem Rodeberger Ortsteil Struth wohnen und betrifft der Ausschluss aus dieser Regelung auch diese Kinder?
4. Auf welcher gesetzlichen oder sonstigen Grundlage werden Kinder eines bestimmten Ortes aus dem Landesprogramm „Solidarisches Miteinander“ ausgeschlossen, obwohl sie bis zum 31.12.2023, 24:00 Uhr im Unstrut-Hainich-Kreis leben?

Oder die Frage die sich dahingehend anschließt, sollen zukünftig auch Bürger und deren Kinder welche in den nächsten Jahren Ihren Wohnort aus dem Unstrut-Hainich-Kreis verlegen, auch von Leistungen des Unstrut-Hainich-Kreises ausgeschlossen werden.

5. Zahlt die Gemeinde Rodeberg auch für den Ortsteil Struth bis zum 31.12.2023 Kreisumlage im Unstrut-Hainich-Kreis und stehen den Struther Kindern dementsprechend nicht die gleichen Leistungen wie anderen Grundschulern des Landkreises zu?

Es drängt sich nicht nur mir der Eindruck auf, dass mit dieser Entscheidung die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft für eine freie, demokratische Entscheidung, welche die Struther Bürger mehrheitlich und im freien Willen auf einer aktuellen Gesetzesgrundlage getroffen haben, bestraft werden sollen. Das Gesetz, welches diese Wahl ermöglicht hat, wurde durch Linke, SPD und Grüne im Thüringer Landtag verabschiedet.

Herr Landrat, ich gehe davon aus, dass Sie als Landrat gemäß Ihrem geleisteten Amtseid über der Parteipolitik und für alle Einwohner des Landkreises gleichermaßen stehen. Wie ist jedoch diese Entscheidung, wer immer diese auch getroffen hat, mit dem Charakter eines „kinderfreundlichen Landkreises“ zu vereinbaren, dem Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitgliedern der Gesellschaft fremd sind?

Ich bitte den Landrat um Klarstellung und Beantwortung meiner Fragen.“

Der Landrat antwortete, dass er die Fragen schriftlich beantworten werde. Allein so eine Anzahl von Fragen zu stellen und der Zeitungsartikel sei schon ein paar Tage alt, hätte es aus seiner Sicht zur Fairness gehört, dass Herr Hunstock diese bereits in der letzten Woche oder heute früh hätte schicken können.

Herr Hunstock redete vom Platz aus.

Der Landrat antwortete, dann hätte er es heute früh schicken können. Er antworte nicht darauf, sondern mache es schriftlich. Dennoch wolle und müsse er einiges klarstellen:

Er sei begeistert, dass gerade Herr Hunstock eine Gesetzesvorlage der SPD, Grünen und Linken als Grundlage nehme, sich hier zu echauffieren. Das kenne er von der CDU anders.

Sein Problem sei, dass immer wieder, wenn es gar nicht anders gehe, hier im Kreistag und gerade von der CDU der Kinderfreundliche Landkreis als Totschlagargument gegen seine Person genutzt werde. Er frage Herrn Hunstock hier öffentlich, wie viele Euro er persönlich in den Kinderfreundlichen Landkreis gesteckt habe, um Projekte zu unterstützen.

Er erinnere sich an Frau Holzapfel, die mal vor ganz langer Zeit die Frage gestellt hatte, damals war noch Herr Wand Chefredakteur und der hatte dann seine Konten einsehen dürfen. Die Frage sei nie wieder gestellt worden, weil das, was er bezahle und das waren in dem Jahr 18 TEUR, dafür schäme er sich nicht. Er habe aber die Nase voll, dass er sich hier zu rechtfertigen habe. Er frage, mit welchem Recht?

Die Frage nach der Kreisumlage sei völlig unstrittig. Die Gemeinde Rodeberg zahle Kreisumlage. Der Gemeinde Rodeberg werde der Bus bezahlt, werde die Sozialhilfe bezahlt, werden die Jugendprojekte bezahlt. Alles werde bezahlt, was der Gesetzgeber geregelt habe. Solange Struth zum Unstrut-Hainich-Kreis gehöre, erfülle man seine gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Der Badebus sei keine gesetzliche Pflichtaufgabe. In der Vergangenheit sei der Badebus auch immer gesponsert und seit es das Förderprogramm LSZ gebe, kofinanziert worden. Das wolle er mal klarstellen.

Er gebe zu, er habe da richtig gerungen, bis er die Entscheidung getroffen hatte. Damit sei die Frage beantwortet, er habe die Entscheidung getroffen.

Genau dieser wunderschöne Satz, Herr Landrat, wissen Sie, dass in diese Schule auch Kinder von Dörna, Hollenbach und Lengefeld gehen. Im Sommer letzten Jahres habe man ein nagelneues Werkkabinett mit Baumaßnahmen von über 80 TEUR bezahlt und ihm sei wirklich glaubhaft versichert worden, er kriege das Geld wieder. Dann sei klar geworden, dass er das Geld nicht wieder kriege, weder vom Kreis noch von der Millionärskommune Dingelstädt, die sie ja zwischenzeitlich geworden sei. Er bekomme nicht einen Cent. Man habe ihm auch gedroht, als er gesagt hatte, dann baue man es wieder heraus, weil man hätte es zum Beispiel in Schönstedt einbauen können, die noch in einem Werkkabinett aus DDR Zeiten arbeiten. Er sei für die Kinder des Unstrut-Hainich-Kreises zuständig. Auch habe er daraus gelernt, dass er sich auf nichts verlasse. Wenn die Gemeinde Rodeberg so reich sei, hätte sie sich am Badebus beteiligen können.

Er habe dies entscheiden, weil er gesagt hatte, wenn klar sei, dass man gehe und das gehöre auch zur Demokratie, müsse man offen reden. Da passe der Redebeitrag des Herrn Hunstock genau wieder hinein. Man entscheide sich nach drei oder vier Anläufen, doch jetzt nach Dingelstädt zu gehen und dann rege man sich auf, dass er das Feuerwehrfahrzeug nach Heyerode gebe, rege sich auf, dass die Sparkasse nicht bleibe und rege sich auf, dass es den Badebus da oben nicht mehr gebe. Der sei kein Rechtsanspruch und er entscheide, was er mit dem Geld mache, welches er bekomme.

Wenn sich die Gemeinde demokratisch mit hoffentlich viel Diskussion und Abwägung der Vor- und Nachteile dazu entschieden habe, dorthin zu gehen, lerne er aus dem letzten Jahr und sage, jeden Euro, den er habe, stecke er in die Kinder, die auch zukünftig im Unstrut-Hainich-Kreises seien, ob sie schwimmen lernen, sich nur unterhalten oder Zeit haben mit ihrer Familie verbringen möchten, aber es seien auch über den 31. Dezember 2023 die Familien und die Kinder des Unstrut-Hainich-Kreises.

Und wenn er dann noch sehe und das finde er ganz besonders frech, dass man über 11 Mio. EUR Schaden erleide und jetzt werde er politisch, weil CDU-Bürgermeisterinnen und CDU-Bürgermeister in Rodeberg, Anrode und Dünwald sich entweder in Dünwald so gestritten haben, dass sie nicht mehr miteinander konnten oder nicht, so wie man selbst, im Unstrut-Hainich-Kreis kämpfe, um mit den finanziellen Problemen klar zu kommen und zusammenzuhalten. Nein, man sei den leichtesten Weg gegangen und habe gesagt, man zerschlage die Gemeinden, kriege noch mal Geld vom Land und sei damit seine Sorgen los.

Das sei nicht seine Philosophie. Wenn die Gemeinden sich so entscheiden, akzeptiere er das. Man habe in keiner Zeitung oder in keinem Bericht etwas Negatives von ihm gehört. Es sei der Bürgerwille, aber es sei auch sein Recht, Geld für die Zukunft für die Bürger des Unstrut-Hainich-Kreises auszugeben.

Bis zum 31.12. bezahle er Strom, Wasser und Heizung, aber nichts mehr.

Wenn Herr Görbig darüber lache, wisse er nicht, was es da zu lachen gebe, außer dass es niveaulos sei. Das spreche wieder dafür, in öffentlichen Sitzungen sollte es auch da eine Kamera geben, damit der Bürger sehe, wie sich Kreistagsmitglieder benehmen.

Er werde alle Fragen noch mal schriftlich beantworten und allen Kreistagsmitglieder übersenden.

Damit war die Fragestunde beendet.

Zum TOP 06 **Bürgeranfragen**

Schriftlich eingereichte Bürgeranfragen lagen nicht vor. Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Zum TOP 07 **Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich**

Herr Schmalz gab bekannt, dass die Fraktion der AfD Frau Anja Gröger vorschlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Schmalz stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Schmalz gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 35 gültige Stimmen abgegeben worden. Frau Gröger erhielt 5 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen und sei damit nicht in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich gewählt.

Herr Schmalz stellte auf Nachfrage fest, dass die AfD-Fraktion auf einen 2. Wahlgang verzichtet.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/504/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 026-2023-UHK-GLM-IT: Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda - Umsetzung Brandschutz und Digitalisierung – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung, keine Ausschussempfehlungen und keine Wortmeldungen.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 026-2023-UHK-GLM-IT: Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda – Umsetzung Brandschutz und Digitalisierung gemäß § 3 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen in Verbindung mit dem Thüringer Vergabegesetz wird der Auftrag nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gemäß § 19 Thüringer Vergabegesetz an den Bieter ESA-Elektroservice GmbH, Henningsleber Hauptstraße 99, 99947 Bad Langensalza mit einer Auftragssumme brutto in Höhe von 341.024,48 € zzgl. Wartungskosten zu erteilen.

Für die Wartung fallen monatlich Kosten brutto in Höhe von 261,68 € an. Der Wartungsvertrag wird ab 06/2024 für 4 Jahre geschlossen und kann unbefristet verlängert werden.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/504-31/2023**.

Zum TOP 09

Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für den Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH

Herr Schmalz gab bekannt, dass gemäß Gesellschaftervertrag der Hufeland Klinikum GmbH § 16 Nr. 1 c) der Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH aus einem vom Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises gewählten Mitgliedes bestehe. Gemäß § 16 Nr. 2 des Gesellschaftervertrages dauere das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginne, werde nicht mitgerechnet.

Das Aufsichtsratsmitglied des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises, Herr Jörg Kubitzki, wurde in der Kreistagssitzung am 26. Februar 2018 gewählt. Somit gehe die Legislatur des Herrn Kubitzki bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung, in der über die Entlastung des Geschäftsjahres 2022 beschlossen werde. Diese Gesellschafterversammlung fand am 07. Juni 2023 statt.

Daher sei heute ein neues Aufsichtsratsmitglied für den Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH zu wählen.

Die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter des Kreistages wurden mit Mail vom 02. Mai 2023 hierüber informiert.

Es liegen folgende Vorschläge vor:

- Vorgeschlagen von der Fraktion DIE LINKE:
Herr Jörg Kubitzki
- Vorgeschlagen von der CDU-Fraktion:
Frau Annette Lehmann

Herr Schmalz stellte auf Nachfrage fest, dass es keine weiteren Vorschläge gibt. Weiterhin fragte er, ob die Kandidaten sich vorstellen wollen?

Die Redebeiträge zur Vorstellung von Herrn Kubitzki und Frau Lehmann werden wörtlich wiedergegeben.

Herr Kubitzki:

„Herr Vorsitzender, Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will mich hier eigentlich nicht vorstellen. Sie kennen mich alle. Sie wissen, dass ich Gesundheitspolitik gemacht habe, viele Jahre, dass ich Geschäftsführer eines mittleren Betriebes war und mich auch in der Betriebsführung, Haushaltsführung auskenne. Das nur am Rande.

Es war hier im Kreistag, liebe Kolleginnen und Kollegen, seitdem die beiden Krankenhäuser, nämlich Bad Langensalza und Mühlhausen zusammengegangen sind, eine GmbH gegründet haben, ein gemeinsamer Konsens, dass sowohl von der politischen Seite im Aufsichtsrat eine Ausgewogenheit herrschte. Aber was viel wichtiger war, weil wir hier zwei Standorte haben, nämlich Bad Langensalza und Mühlhausen, dass auch die Regionen, wo die beiden Standorte sind, ausgewogen in dem Aufsichtsrat vertreten sind.

Und es stellt ja, ist ja nicht nur ein Kreistagsmitglied im Aufsichtsrat vertreten, sondern auch ein Stadtratsmitglied des Gesellschafters der Stadt Bad Langensalza. Und das war bis jetzt, wie gesagt, über viele Legislaturen hier Konsens. Jetzt wird von diesem Konsens mit der legitimen Kandidatur von Frau Lehmann allerdings abgewichen. Das möchte ich nur zu bedenken geben, weil die Region Mühlhausen jetzt auch in dem Aufsichtsrat dann nicht mehr vertreten ist, weil Frau Lehmann in Ufhoven, ein Teil von Bad Langensalza, jetzt beheimatet ist. Das will ich jetzt hier nur mal einwerfen, dass wir und ich kann nur empfehlen, dass wir von diesem Konsens nicht abweichen. Wir haben hier zwei Standorte Bad Langensalza und Standort Mühlhausen, dass die beiden Regionen da auch vertreten sind. Danke.“

Frau Lehmann:

„Herr Landrat, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Kreistagsmitglieder.

Meine Fraktion hat mich für die Wahl in den Aufsichtsrat für die nächsten Jahre nominiert und vorgeschlagen und ich würde, bin auch bereit und würde diese Aufgabe sehr gern wahrnehmen.

Das Mitglied des Kreistages, was dort in dem Aufsichtsrat tätig ist, vertritt ja nicht nur alle Kreistagsmitglieder, sondern generell alle Bürgerinnen und Bürger des Unstrut-Hainich-Kreises, denn wir sind ja als Landkreis Hauptgesellschafter und wir als Kreistag vertreten alle Bürgerinnen und Bürger und sind nicht nur denen irgendwie verpflichtet, die jeweils uns gewählt haben oder wo wir wohnen, sondern generell sind wir für alle die Vertretung. Und das würde ich gern wahrnehmen. Dafür bitte ich Sie heute um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Wir als Kreistag sind ja mit dem Hufeland Klinikum ein gemeinnütziges Klinikum im Zusammenhang mit dem Kreishaushalt jeweils befasst, denn der Wirtschaftsplan des Hufeland Klinikums ist dem auch beigelegt. Und über die Beteiligungsberichte werden wir auch über die Jahresabschlüsse, über wichtige Kennzahlen zu wirtschaftlichen oder auch fachlichen Themen informiert. Im Haushalts- und Finanzausschuss haben wir in der letzten Woche mit der Beratung des Beteiligungsberichtes 2021 begonnen. Es wurden zahlreiche Anfragen gestellt und so werden wir das Thema auch nach der Sommerpause im Ausschuss fortsetzen.

Persönlich und beruflich hatte ich mein Leben lang immer mit Geld und Zahlen zu tun, insofern traue ich mir diese Aufgabe auch zu. Geld und Zahlen sind wichtig. Aber was mir auch sehr am Herzen liegt, das sind die Schicksale, die dahinter stehen, die Patientinnen und Patienten, die mit viel Vertrauen und Zutrauen in unsere beiden Standorte kommen, zu Behandlungen, aber sicher auch zu schwerwiegenden, auch Operationen, zu vielen anderen Dingen und die Vertrauen und Zutrauen in das Können unserer Ärzteschaft haben, in das Können des Pflegedienstes bis hin zu den Personen, die oder Mitarbeitenden, die im technischen Bereich in den beiden Häusern an den beiden Standorten arbeiten.

Herr Kubitzki hat Recht, seit Dezember letzten Jahres ist mein Hauptwohnsitz in Bad Langensalza, in Ufthoven. Ich fühle mich da auch sehr wohl und sehr gut aufgehoben. Ich war ja bereits 15 Jahre hauptsächlich aber nicht nur in Bad Langensalza tätig durch mein Landtagsmandat. Aber ich wohnte seit meiner Geburt eigentlich mit vier Jahren Unterbrechung als Kind immer in Hüpstedt bis Dezember 22. Und insofern denke ich auch als Patientin beide Standort zu kennen. Ich war auch schon mehrfach an beiden Standorten zu Untersuchungen, auch schon einmal zu einer ambulanten OP. Ich denke hier auch auf nicht nur eigene Erfahrungen, sondern auf die bei der Familie, bei Angehörigen aus dem Bekannten- und Freundeskreis zu wissen, wovon ich rede, und worum es geht.

Der Bund diskutiert ja gerade auch mit den Ländern über die Zukunft der über 1700 Krankenhäuser in der Bundesrepublik und auch da wird das Hufeland Klinikum wieder vor neuen Herausforderungen stehen und muss auch zukunftsfest aufgestellt werden.

Mir ist es wichtig grundsätzlich als Kreistagsmitglied auch, dass Geschäftsführung, Verwaltung, Aufsichtsrat, Gesellschafter bis hin zur Ärzteschaft, Belegschaft alle zusammenarbeiten, gut zusammenarbeiten, vertrauensvoll arbeiten. Dabei würde ich gerne mithelfen.

Und nicht vergessen möchte ich heute auch meinen ganz persönlichen Dank, ich denke das ist an dieser Stelle auch mal angezeigt, an alle Mitarbeitenden im Unstrut-Hainich Klinikum an beiden Standorten, wie gesagt von den Technikern im Hintergrund, von den ganzen Menschen, die dafür sorgen, dass das Krankenhaus 365 Tage im Jahr, 24 Stunden pro Tag einsatzbereit und dienstleistungsfähig ist. Und nicht zuletzt möchte ich auch den Grünen Damen und Herren und auch den beiden Patientenführern danken, für das, was sie ehrenamtlich in diesem Bereich leisten.

Wie gesagt, persönlich denke ich, bin ich soweit allen bekannt und ich werbe heute um ihre Stimme und ihr Vertrauen. Vielen Dank.“

Herr Poppner gab bekannt, dass die AfD die CDU unterstützen werde. Damit möchte man ein Zeichen setzen. Gerichtet an Herrn Kubitzki meinte er, seine politische Uhr laufe ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Schmalz bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Schmalz stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Schmalz gab das Wahlergebnis bekannt:

Insgesamt seien 36 Stimmen abgegeben worden. Eine Stimme war ungültig.

- Herr Kubitzki erhielt 17 Ja-Stimmen.
- Frau Lehmann erhielt 18 Ja-Stimmen.

Damit ist Frau Lehmann als Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat der Hufeland Klinikum GmbH gewählt.

Herr Schmalz stellte auf Nachfrage fest, dass Frau Lehmann die Wahl annehme.

Zum TOP 10

Bericht des Landrates über die Realisierung der Kreistagsbeschlüsse 2022

Der Landrat meinte, dass es doch schön sei, wenn durch eine Wahl so manches ans Tageslicht komme.

Die Verwaltung lege hiermit dem Kreistag folgende Berichte vor:

- Bericht über die Realisierung der Kreistagsbeschlüsse 2022
- Bericht über die Realisierung der nichtöffentlichen Kreistagsbeschlüsse 2022
- Information zur Realisierung der offenen Kreistagsbeschlüsse aus den letzten Realisierungsberichten ab 01.01.2005

Die Berichte werden morgen per Mail versandt. Außerdem erfolge die Hinterlegung im Gremien-Infoportal zum Tagesordnungspunkt.

Im Jahr 2022 wurden 83 Beschlüsse gefasst (ohne Genehmigungen von Niederschriften, Feststellung der Dringlichkeit einer Kreistagssitzung oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse). Diese Beschlüsse wurden zu 95 % erfüllt bzw. befinden sich in der Umsetzung (Baumaßnahmen). Fünf Beschlüsse seien noch offen und befinden sich in der Prüfung.

Zur Berichterstattung der offener Kreistagsbeschlüsse ab 01.01.2005 sei zu sagen, dass es sich hierbei um 12 Beschlüsse handele, deren Umsetzung noch andauere. Davon konnten acht Beschlüsse endgültig abgearbeitet werden. Drei Beschlüsse seien weiterhin offen oder in Bearbeitung und ein Beschluss werde laufend umgesetzt.

Bestehende Fragen können an das Kreistagsbüro gerichtet werden.

Zum TOP 11

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/497/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Diskussion und Beschlussfassung über die Kostenbeteiligung des Unstrut-Hainich-Kreises beim Bau eines multifunktionalen Kleinspielfeldes in der Gemeinde Vogtei OT Oberdorla für die Erweiterungen um eine Weitsprunganlage und Laufbahn zur Umsetzung der Vorgaben des Lehrplanes für den Schulsport und Legitimation des Landrates zur Regelung der Grundstücksnutzung – vor.

Der Landrat verwies darauf, dass die Beschlussvorlage ausgetauscht worden sei. Es habe keine inhaltlichen Änderungen gegeben, sondern die Zahlen wurden ergänzt, die bei der Erstellung der Vorlage noch nicht vollständig vorlagen. Deswegen stehe in der neuen Beschlussvorlage 110.654 EUR, die diese Maßnahme fiskal beinhalte.

Die Begründung zur Beschlussvorlage sei sehr ausführlich. Daher wolle er nur noch kurz auf einige Punkte eingehen:

Man erinnere sich, Ursprung sei die Schließung der Damaschkehalle gewesen. Einige Vereine, die dort untergekommen waren, konnten aufgrund der Art der Nutzung und des Umfangs in andere Hallen ausweichen. Der Handballsportverein der Vogtei aber konnte dies nicht ermöglichen, da dies vom Training bis hin zu den Ligaspielen in diesem Umfang nicht möglich war.

Auf der einen Seite sei dies ein gutes Zeichen für unsere Sportvereine und für die Auslastung der Hallen. Auf der anderen Seite sei es eben auch ein Problem.

Alle haben in der öffentlichen Diskussion mitbekommen, dass es grundsätzlich auch in der Vogtei darum gegangen war, wie könne diese Problematik gelöst werden, durch Neubau, durch Anbau? Auch der Landkreis habe im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht, durch die Schulsporthalle der Regel- und Grundschule Ammern ein wenig Druck aus dem Kessel zu nehmen. Das sei aber nur eine Übergangssituation gewesen, die dauerhaft nicht so bleiben könne, da sie den Verein doch stark einschränken würde.

Im Ergebnis sei aber auch die Gemeinde Vogtei zu der Erkenntnis gekommen, dass bestimmte Bauten sowohl in der Art der Umsetzung als auch in der Summe, die sich dahinter verberge, nicht realistisch seien. Nach einer intensiven und aus seiner Sicht nicht allzu langen Suche konnte ein Lösungsvorschlag unterbreitet werden, der viele Probleme löse. Es müsse keine große Investition von Millionen getätigt werden. Der Sportverein könne seinen Breitensport in den verschiedenen Altersgruppen realisieren und könne die Ligaspiele absichern. Dazu bedürfe es aber der Umsetzung an diesem Standort.

Im Wirtschaftsausschuss sei der Plan vorgestellt worden, wie das System aufgebaut werden solle. Genutzt werden solle eine Fläche auf einer alten Sportanlage in Oberdorla, die mehr oder weniger von der Grundschule für Sport genutzt wurde und sich direkt im Anschluss an die Sporthalle befinde. Das habe den Vorteil, dass man Umkleideräume, Toiletten, Dusche usw. nicht brauche, also die innere und äußere Erschließung könne man sparen.

Gleichzeitig habe man versucht, so viel wie möglich unter einen Hut zu bringen. Genau das sei der Grund, warum man sich damit beschäftige. Wenn der Kreistag den Beschluss fasse, könne man dort für den Schulsport lehrplangetreu für Weitsprung und Laufbahn die Möglichkeiten schaffen.

Warum dieser Zeitdruck? Die Gemeinde nehme selbst Geld in die Hand. Auch der Sportverein beteilige sich. Aber ein nicht unerheblicher Teil werde über Leader gefördert. Wer sich auskenne, wisse, dass dies im November diesen Jahres abzurechnen sei.

Natürlich habe man keinen Haushaltsplan. Daher sei es ein Legitimationsbeschluss an den Landrat, an die Verwaltung, dies mit dem Haushaltsplan 2024 zu berücksichtigen. Es handele sich um eine klare politische Entscheidung des Kreistages, ob man diesen Weg gehen wolle oder nicht. Er bitte um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Schmalz gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	6	0	0
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten	5	0	0

Frau Croll gab bekannt, dass sich die CDU-Fraktion intensiv mit dem vorliegenden Antrag beschäftigt habe und ihn vollumfänglich befürworten könne.

Der Dank der CDU-Fraktion gehe als erstes an die Gemeinde als Bauträger, die auch den Antrag für Leader gestellt habe. Das sei ein großer Bestandteil, so wie man es verstanden habe, für einen anderen Standort. Dann gehe natürlich auch der Dank an den Verein, der wirklich als Sportverein 50 TEUR zuschieße. Das sei eine beträchtliche Summe an Eigenmitteln, eine große Summe, um dieses Vorhaben zu realisieren. Damit verbessere man für den Vereinssport die Trainingszeiten, gerade für die Nachwuchsarbeit. Natürlich sei es nicht vergleichbar mit einer Halle, aber es biete doch ein Stück weiter mehr Möglichkeiten, die vor Ort realisiert werden können.

Der Landrat hatte es auch gesagt, der Schulsport profitiere hier in großem Maße von der Maßnahme. Eigentlich sei die Beschlussvorlage auch ein Armutszeugnis für den Kreis. In der Beschlussvorlage stehe, der lehrplangerechte Sportunterricht finde insofern nicht ausreichend statt, keine benutzbare Weitsprunganlage, keine Sprintstrecke. Wenn man die Gegebenheiten vor Ort kenne, dann kenne man ja den Acker, auf dem die Kinder ihren Schulsport machen. Deswegen sei das auch für den Kreis eine wichtige Maßnahme, die die CDU-Fraktion unterstützen könne und für die man gerne werben möchte.

Man habe sich auch im Haushalts- und Finanzausschuss sehr intensiv mit der finanziellen Betrachtung beschäftigt, weil es ja eine Verpflichtung für den Haushalt 2023 sei. In Anbetracht, dass es eine Pflichtaufgabe des Kreises sei, sehe man es so, dass von der Maßnahme alle profitieren. Die Maßnahme sei vorteilhaft und daher werbe die CDU-Fraktion für diese Verpflichtung für den Haushalt 2024, zumal auch die Summe durch die Landesförderung die Schulinvestitionspauschale abgesichert sei.

Im Konzept stehe, dass es eine Investition für die Kinder und ein großer Gewinn für die Schule, den Verein und die gesamte Region sei. Es sei also eine win-win-win-Situation, von der alle profitieren. Daher werbe sie um Zustimmung.

Herr Görbig merkte an, dass sich auch die AfD-Fraktion intensiv mit der Beschlussvorlage beschäftigt habe und auch zustimmen würde. Allerdings habe man jetzt ein Problem. Der Landrat sagte vorhin in einem Redebeitrag, durch eine Wahl trete so manches offen zu Tage. Jetzt werde hier eine politische Entscheidung getroffen, der die AfD-Fraktion eigentlich zustimmen wolle. Er hoffe nicht, dass man die anderen Fraktionen in Schwierigkeiten bringe, nur weil man jetzt bei diesem Beschluss auch zustimme.

Der Landrat führte aus, dass er kurz Frau Croll antworten wolle: Er sehe es nicht als Armutszeugnis. Und wenn Frau Croll sich schon bei allen bedanke, müsse er sagen, es seien viele gewesen, die, um es diplomatisch zu sagen, in den letzten Monaten bzw. im letzten Jahr nach einer Lösung gesucht haben.

Wenn Frau Croll sage, es sei für den Kreis ein Armutszeugnis, könne er festhalten, die letzten 29 Haushaltspläne minus dem einen, der nicht beschlossen wurde, also 28 Haushaltspläne seien von der Verwaltung, geführt durch den Landrat Harald Zanker eingebracht worden. Er kenne keinen Antrag der CDU-Fraktion, weder für Oberdorla noch um in eine andere Schule Geld zu investieren oder zu entscheiden, wo man es hernehme, damit man es in Schulen investieren könne. Er könne sich aber noch gut erinnern, dass zumindestens in den letzten Jahren, nur der Verfügungsfond des Landrates eine Rolle gespielt hatte, nicht die Investitionen in Schulen. So viel gehöre zur Ehrlichkeit und Offenheit dazu.

Zur AfD-Fraktion wolle er sagen, sie könne beschließen, was sie wolle. Wenn man es sogar gut finde, was eine Verwaltung einbringe und was die Idee einer Gemeinde und eines Sportvereins sei, werde er das nicht monieren. Man wisse genau, was er mit seiner Wortmeldung gemeint hatte.

Herr Kirchner stellte fest, dass er den Antrag gar nicht mal so schlecht finde, so wie viele von den Kreistagsmitgliedern sicherlich auch. Er habe daran nichts auszusetzen und würde ihn befürworten. Er habe jahrelang in der Vogtei gewohnt und wisse, wie oft die Vogtei dort auch zurückstecken musste, gerade was Schule und die sportlichen Anlagen angehe. Heute habe man hier im Kreistag die Chance, auch endlich mal einer Region etwas zugute kommen zu lassen, welche in den letzten Jahren etwas zu kurz gekommen sei. Das sollte man hier auch tun.

Er appelliere an alle Kreistagsmitglieder, diesem Beschluss zuzustimmen. Die Kosten seien gedeckt, man müsse sich keinen Kopf machen. Man tue damit etwas Gutes. Er würde sich freuen, wenn man zustimme.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

1. „Der Unstrut-Hainich-Kreis beteiligt sich an dem Bau des multifunktionalen Kleinspielfeldes in der Gemeinde Vogtei, OT Oberdorla, und übernimmt anteilig als Zuschuss im Jahr 2024 die Kosten, die für die baulichen Erweiterungen um eine Weitsprung- und Sprintanlage, derzeit nach Kostenschätzung in Höhe von 110.654,00 €, unter Beachtung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung anfallen werden. In den Vermögenshaushalt werden für das Haushaltsjahr 2024 Mittel in Höhe der Kostenschätzung in der Haushaltsstelle 2110.026.9820 eingeplant. Die Kostendeckung erfolgt aus dem Sonderlastenausgleich für Schulbauten gem. § 22 ThürFAG.
2. Der Landrat wird ermächtigt, mit der Gemeinde Vogtei im Rahmen einer schriftlichen Vereinbarung detaillierte vertragliche Regelungen zur gemeinsamen Nutzung des Grundstücks und des erweiterten multifunktionalen Kleinspielfeldes mit der Maßgabe zu treffen, dass die entgeltfreie vereinsportliche Nutzung und die Nutzung durch den Schulhort langfristig sichergestellt ist.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 36 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/497-31/2023.**

Zum TOP 12

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/498/2023 lag der Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion B'90/GRÜNE – Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion B'90/GRÜNE - Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf kommunalen Gebäuden und Liegenschaften im Unstrut-Hainich-Kreis – vor.

Herr Gaßmann führte aus, dass es ja kein neues Thema sei, mit dem man sich hier beschäftige. Es habe schon mehrere Anträge dazu im Kreistag gegeben.

Er erinnere an den Antrag, den die Grünen selber im Jahr 2019 eingebracht hatten, ein umfassender Prüfauftrag an die Verwaltung. Da kam dann Corona dazwischen. Über das Ergebnis sei berichtet worden. Die Fraktion LINKE hatte im Mai 2022 noch mal einen Antrag eingebracht, in dem es um die Mülldeponie in Aemilienhausen gegangen war.

Jetzt haben die Grünen gemeinsam mit der SPD-Fraktion noch mal dieses Thema auf die Tagesordnung gerufen, weil sich einfach auch die Vorzeichen ein Stück weit verändert haben. Die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Solaranlagen und auch die Förderung von Ladestationen haben sich noch mal deutlich verbessert.

Das drücke sich auch in Zahlen aus. Allein im 1. Quartal in diesem Jahr wurden 160.000 neue Solaranlagen in Betrieb genommen. Das sei ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 143 % und zeige, dass man hier gerade deutlich vorankomme.

Im Prinzip habe man den Prüfauftrag aktualisiert. Es gehe auch noch mal darum, speziell das Thema Ladestationen für Elektrofahrzeuge mit aufzunehmen. Man würden gerne da auch eine jährliche Berichterstattung mit aufnehmen, damit man einfach kontinuierlich an dem Thema dranbleibe.

Es sei bei diesem Antrag, so glaube er, das Wichtigste, dass man aus der Prüfphase heraus in eine Umsetzungsphase komme. Dazu müsse es natürlich in die Finanzplanung entsprechend mit aufgenommen werden. Daher der Punkt 3, dass da entsprechende Planungen zugrunde gelegt werden, um ins Tun zu kommen.

Ansonsten verweise er auf die Worte von Frau Kleemann, sie werde noch ein paar Sachen ergänzen. Er hoffe auf Zustimmung.

Frau Kleemann gab bekannt, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag sehr gerne mit stelle. Man habe sich vorhin im Bericht des Landrates ausführlich die Maßnahmen des Thüringer Klimagesetzes und des Klimapakt Kommune vor Augen führen lassen. Sie denke, dass sei der richtige Weg, den man an der Stelle gehe, einfach auf die eigenen Objekte zu setzen und da in der Nähe die entsprechende Infrastruktur auch für Lade Fahrzeuge zu schaffen. Von daher könne das nur die richtige Richtung sein und der folgerichtige Schritt.

Frau Lehmann merkte an, dass auch die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Die CDU-Fraktion unterstütze grundsätzlich das Anliegen mehr Photovoltaikanlagen, auch auf den kreislichen Dächern und auch mit den Ladesäulen.

So wie Herr Gaßmann es bereits gesagt hatte, hatte man das Thema eigentlich schon kontinuierlich behandelt. Es habe dieses Klimaschutzkonzept gegeben, welches dann im Bau- und Wirtschaftsausschuss ruhend gestellt worden sei. In dem Punkt gehe es ja jetzt auch weiter, so wie man unterrichtet worden sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hatte sich damit in diesem Jahr auch schon befasst, nachdem der Landrat, sie meine in einem seiner Berichte oder im Rahmen der Haushaltsplanung, berichtet hatte, dass Ladesäulen hier errichtet werden sollen.

Diesbezüglich hatte die Verwaltung auch geantwortet, dass auch für den internen Fuhrpark des Landkreises in diesem und im nächsten Jahr über Klimazuweisungen die Infrastruktur ergänzt und erste Ladesäulen errichtet werden und dass auch über öffentliche Ladesäulen vor einem Gebäude hier in dem Bereich nachgedacht werde und dass die Stadtwerk Mühlhausen hier angesprochen worden seien.

Die Verwaltung sei hier also schon am Arbeiten. Insofern sei der Antrag sicher eine gute Ergänzung. Die CDU-Fraktion sei auf den Bericht zum Ende des Jahres gespannt.

Herr Görbig führte aus, dass er persönlich, privat auch so eine Photovoltaikanlage auf seinem Dach habe, aber aus anderen Gründen, als denen, die hier in der Begründung angegeben seien. Er hatte diese Photovoltaikanlagen aufs Dach montiert, weil er Geld rumliegen hatte und es auf dem Kapitalmarkt nichts dafür gab. Es sei eine ökonomische Entscheidung gewesen, diese Photovoltaikanlagen zu installieren. In dieser Situation befinde sich der Kreis nicht.

Die Begründung strotze nur so vor unbewiesenen Behauptungen. Klima lasse sich nicht schützen. Man habe keine Klimakrise. Elektrofahrzeuge erzeugen auch nicht weniger Schadstoffe. Deswegen wird die AfD-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Herr Roth merkte an, dass, wenn er die Beschlussvorlage lese, sich für ihn die Frage stelle, ob der Kreis diese Photovoltaikanlagen umsetzen und die öffentlichen Ladestationen betreiben solle? Da liege der Teufel im Detail. Wie sehe es mit der rechtlichen Grundlage aus? Dürfe der Kreis auf einmal als Vermarkter von Strom auftreten? Wie verhalte sich die Abgabe an Dritte?

Wenn dieser Prüfungsauftrag jetzt hier rausgehe und er hoffe, dass er rausgehe, denn er sei voll dabei, dann müsse bitte auch Folgendes geprüft werden:

Was sei, wenn man an Dritte abgebe? Was sei, wenn man in der Verwaltung die Mitarbeiter mit irgendwelchen Stromkarten ausstatte, die dann ihre Fahrzeuge dort laden dürfen, sei das Abgabe an Dritte? Wie verhalte sich das? Müsse man hier noch eine Gesellschaft gründen, die Strom vermarkten dürfe?

Hier gelte es noch die vielen Fragen abzuklären. Grundsätzlich halte er es für eine gute Angelegenheit.

Der Landrat antwortete, dass der Antrag für die Verwaltung relativ einfach sei. Unter Punkt 1 stehe, der Landrat werde beauftragt zu prüfen. Punkt 2 sage, „Erste Prüfergebnisse dazu sind den Kreistagsmitgliedern ... mitzuteilen.“ Bei Punkt 3 heiße es, „Auf der Grundlage der Prüfergebnisse ist eine Umsetzungsplanung zu erstellen.“

Das heiße, es handele sich um einen Prüfauftrag, dem die Verwaltung nachkomme. Was man feststelle, münde in Beschlüsse oder eben auch nicht. Die aufgeworfenen Fragen von Herrn Roth seien ein Ergebnis dieses Prüfberichtes mit den Förderprogrammen und Partnern, mal sei man Eigentümer, mal sei man Mieter, mal habe man einen Erbbaurechtsvertrag ganz unterschiedlicher Art. Im Moment habe man weder eine GmbH noch den Haushaltsplan noch irgendwelche andere Strukturen im Hinterkopf, worauf die Richtung des Herrn Roth ja abziele. Es handele sich um einen Prüfauftrag, der zeitnah umgesetzt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

1. „Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, auf welchen kreiseigenen Bestandsgebäuden und Liegenschaften sowie langfristig angemieteten anderen Liegenschaften Photovoltaikanlagen errichtet werden können. In die Prüfung sind insbesondere die aktuellen Förderbedingungen, aktuelle Einspeisevergütungen, die technischen Umsetzungsmöglichkeiten und zur Verfügung stehende Vertragspartner einzubeziehen. Geprüft werden im Zuge dessen auch, wie im Zusammenhang damit die Schaffung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf kreiseigenen bzw. langfristig angemieteten Parkplätzen schrittweise vorangetrieben werden kann.
2. Erste Prüfergebnisse dazu sind allen Kreistagsmitgliedern Ende 2023 mitzuteilen. Darüber hinaus soll dem Kreistag jährlich am Ende des 3. Quartals erstmals im Jahr 2024 der Umsetzungsstand berichtet werden.
3. Auf Grundlage der Prüfergebnisse ist eine Umsetzungsplanung zu erstellen. Die nötigen Mittel für die Planung und Errichtung der technischen Anlagen sollen in die Finanzplanung des Landkreises beginnend ab dem Jahr 2024 einfließen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/498-31/2023**.

Zum TOP 13

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/499/2023 lag der Antrag der Fraktion der Freien Wähler Unstrut-Hainich – Haushaltsplan 2024 – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Fraktion und keine Wortmeldungen.

Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Landrat wird beauftragt, den Haushaltsplan 2024 bis zum 13.11.2023 in den Kreistag einzubringen, damit dem Kreistag mit seinen Ausschüssen genügend Zeit zur Beratung bleibt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/499-31/2023**.

Zum TOP 14

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/501/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Verkauf der Turnhalle Damaschkestraße in Mühlhausen - Anmeldung zur Grundstücksauktion – vor.

Herr Schmalz gab Zeit, um die Beschlussvorlage zu lesen.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

1. „Der Beschluss des Kreistages vom 21.09.2016, Beschluss-Nr. 184-24/16 zum Verkauf der Turnhalle Damaschkestraße in Mühlhausen wird aufgehoben.
2. Der Landrat wird ermächtigt, das im Grundbuch von Mühlhausen Blatt 13571, Gemarkung Mühlhausen, Damaschkestraße, Flur 16, Flurstück 75/15, eingetragene Grundstück mit einer Gesamtgröße von 11.662 m² nebst Gebäude (Turnhalle), zur Versteigerung zum Höchstgebot, mit einem steigerungsfähigen Mindestgebot in Höhe von 125.000,00 €, bei der Sächsische Grundstücksauktionen AG, Hohe Str. 12 in 01069 Dresden, einzuliefern und den Einlieferungsvertrag zu den Versteigerungsbedingungen des Auktionshauses abzuschließen.
3. Der Landkreis als Veräußerer zahlt kein Entgelt, wenn das Objekt zu einem Betrag von 125.000,00 € veräußert wird. Ein darüber hinaus liegender Mehrerlös bis zu einem Betrag von einschließlich 145.800,00 € wird zwischen Veräußerer und dem Auktionshaus hälftig geteilt (wobei der Anteil des Auktionshauses die Mehrwertsteuer beinhaltet). Übersteigt das Auktionsergebnis den Wert von 145.800,00 € entfällt die hälftige Teilung und der Veräußerer zahlt an das Auktionshaus ein Entgelt in Höhe von 7,14 % (inklusive gesetzliche Mehrwertsteuer) vom Zuschlagspreis. Die Entgeltregelung gilt auch für den Fall der Veräußerung im Rahmen des Nachverkaufs (2 Monate). Wird das Objekt nicht versteigert, entfällt ein Vergütungsanspruch.

Sämtliche mit der Versteigerung in Zusammenhang stehenden Kosten, insbesondere die anfallenden Beurkundungs- und Grundbuchkosten sowie die Grunderwerbssteuer trägt der Ersteher, ausgenommen die Kosten, die für, vom Veräußerer verursachten Genehmigungen, bzw. Vollmachtbestätigungen und ggfs. für seine Vertretungsnachweise anfallen können. Diese Kosten werden vom Veräußerer getragen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 32 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/501-31/2023**.

Zum TOP 15

Mit der Drucksache-Nr.: KT/BV/503/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Übertragung der Zuständigkeiten des Kreistages auf den Kreisausschuss gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Investitionen zur Weiterführung der im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakt am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich) – vor.

Herr Schmalz gab Zeit, um die Beschlussvorlage zu lesen.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Schmalz rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Entscheidung zur Vergabe der Zuständigkeit hinsichtlich der Fortführung der Maßnahmen Trockenbau und Malerarbeiten am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich, im Rahmen des DigitalPakt Schulen - Investitionen, wird gemäß § 28 Abs.2 der Geschäftsordnung des Kreistages auf den Kreisausschuss übertragen.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 34 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/B/503-31/2023**.

Herr Henning meldete sich zur Geschäftsordnung und gab folgende persönliche Erklärung ab:

„Herr Vorsitzender, Herr Landrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kollegen.

Ich habe mich jetzt zu der persönlichen Erklärung hinreißen lassen, weil's im Moment ganz schlimm in mir rumort, was heute hier in diesem Haus passiert ist. Und ich möchte es auch als persönliche Erklärung gewertet wissen.

Also es ist für mich sehr, sehr schwer erträglich, liebe Frau Lehmann, dass Sie sich mit angekündigter Unterstützung der AfD in ein Amt wählen lassen. Wir sind Demokraten, wir haben Entscheidungen zu akzeptieren, aber die Ankündigung der AfD, dass sie Sie unterstützen wird, hätte nach meinem Dafürhalten es der Ehre gebührt zu sagen, dann verzichte ich auf die Kandidatur oder ich nehme am Ende die Kandidatur nicht ab. Aber da sehen wir dann auch, dass man auch mit jedem dann auch ins Bett geht, wenn es am Ende um Posten geht.

Und liebe Frau Croll, eine Bitte habe ich wirklich persönlich. Jonas Urbach ist jetzt leider schon weg. Lasst uns bitte aufhören, dieses Podium permanent für Wahlkampf zu nutzen. Wir haben noch keinen Wahlkampf und haben auch noch keinen Landtagswahlkampf.

Zu dem Thema Oberdorla ist einzig und allein die Gemeinde, der Sportverein und der Landkreis, der damit was zu tun hat. Wir sollten aufhören in diesem Hause, uns permanent mit fremden Federn zu schmücken, es immer so zu tun, wenn es was Gutes ist, dass wir das alle waren, sondern wir sollten dann sagen, jawohl, wir stimmen zu, weil wir die Vorlage der Verwaltung oder der Vorlage der Partei XY oder Wählergruppe XY gut finden. Aber wir sollten nicht immer so tun, dass, wenn's was Gutes ist, dass es auf unserem Mist gewachsen ist, das führt am Ende dazu, dass die Zusammenarbeit in dem Hause hier sehr, sehr erschwert wird.

Also ich bitte darum, dass wir vielleicht, dann auch die Bitte an den Vorsitzenden, dann stärker darauf achten, Wahlkampfveranstaltungen gehören nicht in diesen Kreistag und deswegen habe ich die Bitte, dass wir damit einfach aufhören.

Und zum Thema Frau Lehmann, wie gesagt, das ist meine persönliche Meinung und das ist für mich schwer, schwer erträglich diese ganze Geschichte. Als Demokrat hat man es zu akzeptieren, das ist klar, aber ich bitte doch, dass wir das bei den nächsten Entscheidungen, auch aus Sicht der CDU denkt. Ich denke, die Linie der CDU in der Frage AfD ist klar, aber das scheint dann auch nicht bis hier runter zu gehen.

Vielen Dank, dass sie mir zugehört haben, aber das musste ich jetzt einfach mal los werden, weil ich glaube, sonst wäre ich heute Abend hier an Herzdrücken gestorben. Vielen Dank.“

Herr Schmalz gab bekannt, dass man nun zum nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzung komme.

Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreistages beendet. Es folgt der nicht-öffentliche Teil der Niederschrift.

Nichtöffentlicher Teil der Kreistagssitzung vom 03. Juli 2023

Herr Schmalz stellte um 17:53 Uhr fest, dass die Nichtöffentlichkeit der Kreistagssitzung hergestellt sei.

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Schmalz
Kreistagsvorsitzender

Junker
Schriftführerin